

Presseinformation

Wiesbaden, 17. September 2015

Islamische Religionspädagogik in Europa

Staatssekretär Jo Dreiseitel: „Zur Hessischen Integrationspolitik gehört auch bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht“

Gießen. In seinem Grußwort anlässlich der Fachtagung der Justus-Liebig- Universität Gießen zum Thema „Islamische Religionspädagogik in Europa: Modelle, Erfahrungen und Perspektiven“ betonte der Staatssekretär und Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, Jo Dreiseitel, dass die Justus-Liebig-Universität eine moderne, Wissenschaft und Glauben angemessen zusammenführende islamische Theologie aufbaue und in die Lehrerbildung einbringe. Unter dem Titel „Aufbruch zu neuen Ufern“ leistet die Tagung einen Beitrag zur konzeptionellen Grundlegung der Islamischen Religionspädagogik als universitäres Fach.

„Sie versammeln hier führende und ausgesprochen profilierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, um einen Beitrag zur konzeptionellen Grundlegung der Islamischen Religionspädagogik als universitäres Fach zu leisten. Ich habe hohen Respekt vor dieser Herausforderung, die ungemein spannend und anspruchsvoll ist“, erklärte der Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung.

Der Staatssekretär und Bevollmächtigter für Integration und Antidiskriminierung erinnerte, dass Hessen bereits seit dem Schuljahr 2013/2014 Angebote in bekenntnisorientiertem islamischem Religionsunterricht durchführe und dafür Lehrkräfte aus- und weiterbilde.

„Der Hessischen Landesregierung ging und geht es darum, dass sich alle Menschen in Hessen – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Kultur – unserem Land verbunden fühlen, dass sie sich alle als Teil der Gemeinschaft begreifen und dass alle die gleichen Chancen haben, sich einzubringen, ihre Talente und Fähigkeiten zu entfalten und ihren Anspruch auf Teilhabe in allen zentralen Lebensbereichen zu verwirklichen“, ergänzte Dreiseitel. „Das ist das Ziel hessischer Integrationspolitik. Dazu gehört nach diesem Verständnis auch bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht. Ich will gar nicht verhehlen, dass das Vorhaben durchaus Zweifler auf den Plan gerufen hat. Die Hessische Landesregierung hatte jedoch in den Debatten, die über längere Zeit hinweg hohe Wellen in der öffentlichen Wahrnehmung geschlagen haben, das beste Argument auf ihrer Seite, das man haben kann: das Grundgesetz. Das Grundgesetz gilt für alle Menschen, die hier leben, gleichermaßen.“

„Es war zugegebenermaßen ein mühsamer Weg, den das Land Hessen damit beschritten hat, er bedeutete viel Arbeit auf allen Seiten. Aber die Mühen haben sich gelohnt. Denn heute haben wir Unterrichtsangebote in Kooperation mit zwei Partnern, Ditib Hessen und Ahmadiyya Muslim Jamaat. Im Schuljahr 2014/2015 hatten wir schon 1.180 Schülerinnen und Schüler im Unterricht. Und: Wir haben Unterricht nach den Bildungs- und Erziehungszielen hessischer Schulen“, so Dreiseitel.
